

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB,
Obmann der SPD-Bundes-
tagsfraktion im Auswärtigen
Ausschuß, fordert
einen neuen Westfälischen
Frieden: Vertragen statt
rüsten. Seite 1

Uwe Holtz MdB wirft der
Bundesregierung vor, den
Bundestag zu belügen:
Vertrauen steht auf dem
Spiel. Seite 4

Dokumentation

Katharina Focke MdEP,
designierte SPD-Spitzen-
kandidatin für die Eu-
ropawahlen 1984, beim
Frauenfriedenstag in
Bonn: Die Deutschen
wollen Garanten des
Friedens sein.

Seite 5

38. Jahrgang / 167

1. September 1983

Vertragen statt rüsten

Wir brauchen einen neuen Westfälischen Frieden

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß
des Deutschen Bundestages

Die Ziele, die Sozialdemokraten über alle sonstigen Mei-
nungsunterschiede hinweg gemeinsam vertreten, sind für die
Sicherung des Friedens und für praktische Fortschritte bei
der Abrüstung wichtiger als unsere Differenzen.

Meine Überlegungen leiten sich aus einer Analyse der für die
Erfolge unserer Ostpolitik maßgebenden Rahmenbedingungen ab.
Zu diesen Rahmenbedingungen gehörte damals und gehört wei-
terhin noch auf bisher unabsehbare Zeit die Existenz des
Warschauer Paktes und der NATO. Wer die Entspannungspolitik
zur Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West fortfüh-
ren will, wird dies in der Bundesrepublik Deutschland nicht
außerhalb der NATO tun können. Er muß die Politik des west-
lichen Bündnisses verändern. Sozialdemokraten halten auch
an Ziel der langfristigen Überwindung der Konfrontation der
Militärblöcke in einer europäischen Friedensordnung fest.
Ich widerspreche aber denen, die im Zusammenhang mit der
Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß, das westliche Bünd-
nis infrage stellen. Ich weiß nicht, ob denen, die für den
Austritt der Bundesrepublik aus der militärischen Integration
der NATO sind, klar ist, daß sie damit indirekt auch für eine
ausschließlich nationale Verfügung über die Bundeswehr ein-
treten.

Ein befriedigendes Abkommen in Genf ist technisch noch mög-
lich. Aus politischen Gründen wird es zunehmend unwahrschein-
lich. Wenn es bis zum Herbst dieses Jahres in Genf keinen
befriedigenden Kompromiß gibt, so ist das abrüstungspoli-
tische Versagen der Bundesregierung hierfür in entscheidend-



dem Maße mitverantwortlich. Auf der Grundlage der Forderungen, die Alfred Dregger mit Zustimmung der Bundesregierung an die Reagan-Administration gerichtet hat, kann es zu keinem Kompromiß in Genf kommen. Bundeskanzler Kohl hat in einem Interview mit der FAZ am 24. August 1983 erklärt, er würde "wegen der politischen Bedeutung dieser Waffe" selbst dann noch die Aufstellung einiger Pershing II für nötig halten, wenn dies "militärisch uninteressant" werden sollte. Gegen eine solche Politik können und werden wir Sozialdemokraten im Herbst NEIN sagen. In der Begründung für dies Nein zur Politik der Bundesregierung und in bestimmten sicherheitspolitischen Vorstellungen gibt es Unterschiede.

Die SPD tritt für Abrüstung sowohl im Westen als auch im Osten ein. Die Abrüstung im Osten und im Westen muß im Konzept unserer Partei sowohl Ziel als auch faktisch Wirkung unserer Politik sein.

Das gegenwärtige Abschreckungssystem beruht auf der Bedrohung mit der wechselseitigen Vernichtung. Der Rüstungswettlauf ist ein Wettlauf der gegenseitigen Risikoerhöhung. Den Rüstungswettlauf umzukehren und das wechselseitige Drohsystem zu überwinden, ist eine ethisch und politisch gleichermaßen begründete Forderung.

Das Ziel der Abrüstung und der Protest gegen die Aufrüstung verbindet uns mit der Friedensbewegung. Eine Ethik des Friedens muß aber gleichzeitig fragen, wie Abrüstung unter den gegenwärtigen Umständen des Ost-West-Konfliktes möglich wird, wie man parlamentarische Mehrheiten für seine abrüstungspolitischen Ziele gewinnt, wie man mit eingeschliffenen Denkweisen umgeht, die trotz einer erfreulich angewachsenen Friedensbewegung nach wie vor in großen Teilen in der Bevölkerung verankert sind, wie man Regierungen und Bündnisse, die auf absehbare Zeit - um es bescheiden zu formulieren - nicht allein von Sozialdemokratischen Zielvorstellungen geprägt sein werden, dazu bringt, Abrüstung zu wollen und ins Werk zu setzen. Dabei gehört es zu einer für Manche bitteren Wahrheit, daß keine mehrheitsfähige Politik in der Bundesrepublik Deutschland darauf verzichten kann, Sicherheitspolitik auch militärisch abzustützen. Die SPD muß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gegen Einschränkungen der Konservativen verteidigen. Aber sie darf die Bundeswehr auch nicht den Konservativen überlassen.

Wir stimmen in der SPD darin überein:

Es ist nicht besorgniserregend, daß Hunderttausende gegen die wachsenden Rüstungen in Ost und West und in der Dritten Welt demonstrieren. Besorgniserregend ist vielmehr, daß es den Politikern nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weder gelungen ist, Kriege und Kriegsgefahren zu bannen noch die weltweite Aufrüstung zu stoppen.

Während sich das Bewußtsein von der Gefährlichkeit eines Atomkrieges schärft, gehen zugleich täglich Meldungen über die konventionellen Waffen geführte Kriege um die Welt. Jedem, der - wie die Deutschen - an der Grenze von Warschauer Pakt und NATO lebt, ist bewußt, daß bereits ein ausschließlich mit modernen konventionellen Waffen geführter Krieg zwischen Ost und West ihm wenig Überlebenschancen läßt. Erst recht gilt dies für einen Krieg, in dem auch Nuklearwaffen zum Einsatz kommen - und seien dies auch "nur" die sogenannten taktischen Nuklearwaffen, von denen viele tausend in Europa gelagert sind. Ihr Einsatz würde weite Teile Europas zu einer Wüste werden lassen. In diesen Regionen würden die Überlebenden die Toten beneiden.

Für die Menschen, die an der Grenze von NATO und Warschauer Pakt leben, gibt es keine tolerierbaren Optionen der Kriegsführung. Für sie ist Verteidigungspolitik nur in dem Maße akzeptabel wie sie zur Kriegsverhinderung beiträgt. Wir beharren darauf, daß in Politik, Militärstrategie, Doktrin und militärischer Ausrüstung der NATO zwischen



einer zur Kriegsverhinderung ausreichenden Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit einerseits und Optionen, um einen Krieg zu führen und gewinnen zu können, andererseits eindeutig unterschieden wird. Wer andere Konzeptionen vertritt, wird weiterhin auf den entschiedenen Widerstand der SPD stoßen.

Krieg ist kein taugliches Mittel im Macht- und Systemkonflikt zwischen Ost und West. Mit der Entwicklung von Nuklearwaffen ist für das Überleben der Welt und der Menschheit eine prinzipiell neue Lage entstanden. Nuklearkriege können durch wenige Personen in der Führung der nuklearen Weltmächte USA und Sowjetunion ausgelöst werden. Die Vernichtung der Welt könnte durch eine relativ kleine Zahl von Spezialisten und Berufssoldaten durchgeführt werden. Deshalb ist es im Zeitalter der Nuklearwaffen noch wichtiger als früher geworden, daß Basisbewegungen wie die Friedensbewegung und parlamentarische Parteien wie die SPD Einfluß auf diese für unser Überleben wichtigen Entscheidungszentren in Ost und West auszuüben versuchen.

Die Doktrin der Abschreckung will den Frieden vorrangig durch das beim potentiellen Gegner Furcht und Schrecken verbreitende Militärpotential sichern. Die Konzeption der Sicherheitspartnerschaft strebt, ohne Vernachlässigung der eigenen Sicherheitsinteressen, eine zunehmende Kooperation mit dem potentiellen Gegner an, um Sicherheitsprobleme möglichst gemeinsam zu lösen. Die Abschreckung voreinander soll durch die gemeinsame Sicherheit miteinander ergänzt und schließlich ersetzt werden.

Durch die Zusammenarbeit miteinander soll die Furcht voreinander verringert werden. Dazu ist der Abbau des Willens und der Fähigkeit zur wechselseitigen militärischen Bedrohung erforderlich.

Aus potentiellen Gegnern potentielle Partner in der Sicherheit werden zu lassen, ist das beste alternative Sicherheitskonzept.

In diesem und im vorigen Jahr haben wir zweier großer Deutscher gedacht: Martin Luthers und Karl Marx. Ihre Ideen haben Europa und die Welt verändert. Aber sie haben auch zu schärfsten theologischen und ideologischen Auseinandersetzungen geführt. Ihre Vorstellungen waren bei Bürgerkriegen und in zwischenstaatlichen Kriegen bedeutsam. In diesen Kriegen vermischten sich der Streit um Theologie und Ideologie mit Machtfragen.

Der Friedensschluß am Ende des 30jährigen Krieges beendete eine Periode von Religionskriegen, in der Großmachtinteressen eine erhebliche Rolle spielten. Unter diesen Kriegen hat Europa schwer gelitten. Genau betrachtet, hat Deutschland sich von diesem Krieg nie wieder völlig erholt.

Der Ost-West-Konflikt als der große Macht- und Systemkonflikt unserer Zeit teilt Europa, spaltet Deutschland und Berlin. Würde dieser Konflikt in Mitteleuropa zu einem neuen Krieg führen, dann wäre die Vernichtung von all unseren Möglichkeiten, in Zukunft um politische und religiöse und moralische Forderungen friedlich zu streiten, beendet.

Wir brauchen deshalb einen neuen Westfälischen Frieden zwischen Ost und West ohne vorausgegangene Religionskriege.

Der Macht- und Systemwettbewerb zwischen Ost und West wird noch lange bleiben. Es ist aber die Aufgabe von uns allen, und von uns Deutschen insbesondere, diesen Konflikt zumindest in Europa so weit wie möglich zu entmilitarisieren, damit dieser Konflikt friedlich ausgetragen und damit gleichzeitig produktiv gewendet werden kann. Dieses friedenspolitische Ziel ist revolutionär, aber es ist nicht in einem Akt, sondern nur in einem langen, von Rückschlägen nicht freien Prozeß zu erreichen.

Meiner Meinung nach ist dafür die Fortsetzung der Entspannungspolitik und die Vertiefung und Erweiterung der bisherigen Vertragspolitik durch ein Konzept, das wir Sozialdemokraten als "Sicherheitspartnerschaft" bezeichnen, für die nächsten Jahre am tragfähigsten.

(-/1.9.1983/ks/rs/lü)



Vertrauen steht auf dem Spiel

Die Bundesregierung belügt den Bundestag

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Nachricht, die Bundesregierung habe seit 1. Januar 1983 die Kredithilfe für Nicaragua eingestellt, ist erschreckend. Die Bundesregierung setzt erneut das Vertrauen der Dritten Welt in die Bundesrepublik Deutschland und ihre internationale Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Gleichzeitig zeigt sie, wie wenig ernst sie das deutsche Parlament nimmt:

- Am 29. Dezember 1982 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitgeteilt, die Bundesregierung habe Nicaragua ihre weitere Unterstützung zugesagt.
- Anfang Februar 1983 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köhler, die Nachricht, die Bundesregierung werde Nicaragua "keine Hilfe gewähren, solange in jenem Land keine freien und demokratischen Wahlen stattfinden", zu einer Falschmeldung.
- Im Mai 1983 war im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit auch auf Anfragen keine Rede davon, daß die Kredithilfe für Nicaragua bereits seit fünf Monaten eingestellt war.

Damit wirft die Bundesregierung nicht nur ein grelles Licht auf ihre tatsächliche Vertrauenswürdigkeit, sondern sie zeigt auch eine unerträgliche politische Einseitigkeit: Während sie Nicaragua, wo die Menschenrechte selbst nach Einsicht der amerikanischen Regierung erheblich stärker beachtet werden als beispielsweise in El Salvador, Guatemala und Honduras, von der Liste der Empfänger deutscher Entwicklungshilfe streicht, hat sie mit der Mehrheit der sie tragenden Fraktionen beschlossen, "ohne Wenn und Aber" mit der Türkei auch neue entwicklungspolitische Projekte zu beginnen, einem Regime, das seine andersdenkenden Bürger in Angst und Schrecken, ja bis in den Tod jagt. Wir Sozialdemokraten fordern, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua uneingeschränkt fortgeführt, ja intensiviert wird. Deshalb müssen die seit Januar 1983 auf Eis gelegten 40 Millionen Mark an Kredit-hilfen endlich in konkrete Projekte übergeführt werden. (-/1.9.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Dr. Katharina Focke MdEP, designierte SPD-Spitzenkandidatin bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1984, hält auf dem Frauenfriedenstag in Bochum am heutigen 1. September 1983 folgende Rede:

Die Deutschen wollen Garanten des Friedens sein

Am 1. September erinnert die Deutsche Arbeiterbewegung, erinnern Sozialdemokraten und Gewerkschafter an den Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen vor jetzt 44 Jahren und des damit einsetzenden Zweiten Weltkriegs. Wir begehen diesen Jahrestag gemeinsam als Anti-Kriegstag: als Verpflichtung, gegen den Krieg einzutreten, gegen das sinnlose und gefährliche Wettrüsten unserer Zeit, das uns dem Krieg wieder näherbringt. Wir bekräftigen die Selbstverpflichtung der Deutschen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

Willy Brandt und Helmut Schmidt haben dieses Gelöbnis im Namen des deutschen Volkes gegenüber den Völkern Europas getan; und die Führung der DDR hat es im Namen des zweiten deutschen Staates gemeinsam mit uns bekräftigt. Nach den Verbrechen des Hitler-Krieges, nach dem millionenfachen Leid und Tod sollte und soll dies unser Versprechen an unsere Nachbarvölker sein: Die Deutschen wollen, so gut sie es vermögen, Garanten des Friedens sein, niemals aber jedenfalls zu denen gehören, die den Krieg näherbringen.

Doch mit dem Satz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, meinen wir auch: Daß nicht Krieg ausgehen dürfe von Waffen, die auf deutschem Boden gelagert sind, und seien sie auch in der Entscheidungsgewalt anderer.

Die Mächte, die über diese Waffen verfügen, wollen nicht den Krieg; gewiß wollen sie den Frieden. Aber indem diese Waffen immer mehr werden, immer raffinierter, immer zielgenauer, wächst die Möglichkeit ihres Einsatzes.

Der technologische Fortschritt in der Rüstung hat eine Phase erreicht in der wir zu Gefangenen der Technik werden. Raketen mit wenigen Minuten Flugzeit - das bedeutet, daß der Angegriffene keine Zeit mehr hat nachzuprüfen, ob es sich um einen Angriff oder nur um eine Panne handelt, sondern sofort die eigenen Vernichtungsmaschinen in Gang setzt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Leben und Tod geht über von der Politik auf die Militärs, und von den Militärs auf den Computer. Diese Entwicklung ist so wahrwitzig und so lebensfeindlich, daß sie durch nichts in der Welt sich rechtfertigen läßt.

So hat der Anti-Kriegstag, so hat der Wille zum Frieden eine bestürzende Aktualität. Wir drängen darauf, daß gleichgewichtig abgerüstet wird. Und wir drängen auf eine Politik auf beiden Seiten, die auf Verträge setzt, nicht auf Rüstung.

Krieg steht uns als Mittel nicht mehr zur Verfügung. Clausewitz' Satz, im Krieg werde die Politik nur mit anderen Mitteln fortgesetzt, war immer schon menschenverachtend.

Im Zeitalter der Nuklearwaffen ist er schlicht falsch. Krieg heute wäre keine Fortsetzung der Politik, sondern das Ende jeder Politik, denn er wäre das Ende unseres Lebens. Der Frieden ist nicht alles - so hat Willy Brandt formuliert - aber ohne den Frieden ist alles nichts.

Es ist keine Frage der Gesinnung, sondern eine Feststellung von Tatsachen, wenn wir sagen: Ein Krieg ist heute weder führbar noch gewinnbar. Und wenn wir fordern, daß keiner mehr stattfinden darf, so fordern wir nicht mehr als das bloße Überleben.

Unser Ruf geht an alle Beteiligten: Vertragen statt rüsten! Unser Ruf geht auch an die Sowjetunion, daran darf es keinen Zweifel geben. Diese SS-20-Raketen sind überflüssig wie ein Kropf, und sie sind auf unser Land gerichtet.

Wir wollen sie weg haben.



Aber deutlicher geht unser Ruf noch an die Verbündeten im Westen, insbesondere an die Vereinigten Staaten - weil sie unsere Verbündeten sind. Wir bitten um Kompromißbereitschaft in Genf, wir fordern um des Lebens- und Überlebens willen Kompromißbereitschaft. Wir wollen keine neuen amerikanischen Raketen in unserem Land!

Diese Forderung richtet sich nicht gegen das Bündnis, sondern sie ist eine Forderung in dem Bündnis, dessen Partner wir sind. Wir sind ja nicht Pazifisten in dem Sinn, daß wir für einseitige Abrüstung plädieren. Das erlaubt die Balance der einander gegenüberstehenden Blöcke nicht: Einzelne können aussteigen, Völker nicht. Sicherheitspartnerschaft bedeutet auch, daß man die andere Seite zu gemeinschaftlicher Abrüstung bringt. Darum ist das Bekenntnis der Sozialdemokraten zum Bündnis unzweideutig.

Aber das heißt: Zu beiden Grundpfeilern des Bündnisses: Zu Gleichgewicht und Entspannung/Abrüstung. Beide sind seit 1967 die Grundlagen des Bündnisses, und an beiden muß festgehalten werden.

Wenn heute eine der Säulen des NATO-Bündnisses, die Politik für Abrüstung und Entspannung nämlich, geschwächt oder gar entfernt werden soll, dann ist freilich über die NATO als Bündnis sehr wohl zu reden; und ich habe Verständnis für diejenigen, die das tun. Es geht nicht um einen NATO-Austritt - den will unser Volk in seiner großen Mehrheit nicht. Sondern es geht darum, daß die NATO den Zielen Abrüstung und Entspannung verpflichtet bleibt.

Wir wollten und wollen keine neuen Raketen auf deutschem Boden. Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sie nie gewollt - alles andere ist Legendenbildung, die nicht besser dadurch wird, daß die amerikanische Regierung sie beständig austreut. Es ging und geht darum, die Sowjets zum Abbau ihrer überflüssigen neuen Raketen zu bewegen. Wer dies zum Vorwand nimmt, um jetzt neue Vernichtungswaffen bei uns aufzustellen, verkehrt den Sinn des NATO-Beschlusses ins Gegenteil.

Unser leidenschaftlicher Appell geht an die Großmächte: Einigt euch in Genf! Die Menschheit will Frieden, nicht neue Raketen.

Gefährdeter als irgendeine Region in der Welt ist Europa in dieser Zeit des Hochrüstens: Nirgends gibt es so viele Vernichtungswaffen; und die Angst ist ja nicht unbegründet, Europa könne zum ersten Schauplatz einer atomaren Auseinandersetzung werden.

Auch darum ist es notwendig, daß die Stimme Europas für die Abrüstung deutlicher wird, daß gemeinsame Anstrengungen energischer unternommen werden.

Als designierte Spitzenkandidatin der deutschen Sozialdemokraten für die zweite Direktwahl zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr unterstreiche ich: Die Europäische Gemeinschaft hat eine verantwortungsvolle Aufgabe für den Frieden in der Welt. Sie ist gegründet worden für Zusammenarbeit und friedliches Miteinander. Sie hat in Westeuropa zu einer Friedensordnung geführt, die Kriege zwischen ihren Mitgliedsstaaten längst unvorstellbar gemacht hat. Insofern ist sie eine erfolgreiche Friedensbewegung. Aber es stellen sich ihre heute neue Friedensaufgaben. Sie muß ihr Gewicht weit stärker als bisher einsetzen für den friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd.

Sie muß dazu ihre gemeinsame Außenpolitik, die weiter geht als viele meinen, zu einem gemeinsamen europäischen Sicherheitskonzept ausbauen, das die eigenständige Lebensweise der europäischen Völker zu schützen imstande ist. Dem gewachsenen Selbstbewußtsein durch die wirtschaftliche Integration entspricht ein größerer Handlungsspielraum der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Völker gegenüber den Interessengegensätzen der beiden Supermächte.

Ich habe deshalb den Vorstoß der griechischen Regierung begrüßt, der die USA und die Sowjetunion in Genf zu weiterer Verhandlungsbereitschaft drängt, falls eine Einigung im Herbst am Zeitmangel zu scheitern droht. Dies geht die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft an. Dies muß deshalb zwischen ihnen erörtert werden. Und ich bedauere, wie Willy Brandt, zutiefst, daß Herr Genscher mit einem Nein vorgeprescht ist, statt europäische Gesprächsbereitschaft zu einer für alle Europäer lebenswichtigen Frage zu zeigen.



Das ist, ich wiederhole es, keine Absage an das NATO-Bündnis. Aber gerade zum Fortbestand dieses Bündnisses gehört es, daß in ihm die europäische Stimme einheitlicher und deutlicher wird und daß sie sich da Gehör verschafft, wo die europäischen und amerikanischen Sicherheitsinteressen nicht identisch sind.

Das erwarten die in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Völker. Das verlangt der Frieden in unserer Zeit. Dafür arbeiten die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

Wir haben von dort mit dem ganzen Europäischen Parlament auch dazu beigetragen, daß die Forderung nach einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz in das Schlußdokument der Madrider Nachfolgekonferenz der KSZE aufgenommen wurde - gegen den ursprünglichen Widerstand der USA und der Sowjetunion. Damit haben die Europäer gezeigt, was sie erreichen können, wenn sie zusammenstehen.

Wir sind dabei, auf gemeinsame Leitlinien in der Europäischen Gemeinschaft für den Waffenexport zu drängen, einengende Leitlinien, statt daß, wie es jetzt in Bonn Anzeichen gibt, eine Angleichung nach oben droht, mit der die restriktive Waffenexportpolitik sozialdemokratisch geführter Regierungen aufgeweicht wird.

Es ist absurd, daß Frankreich erst Kanonenboote an Lybien liefert und jetzt Jagdbomber an den Tschad, um dies Land gegen Lybien zu schützen. Und es ist erst recht absurd, daß die Dritte Welt viermal soviel für Rüstung ausgibt als sie Hilfe erhält, und das, weil auch der Westen an diesen Rüstungsgeschäften verdienen will.

Wir betrachten das Europäische Parlament als eine Plattform der Vernunft, um gegen diesen Wahnsinn anzukämpfen!

Das läßt mich die Bitte anfügen:

Vergessen wir am Anti-Kriegstag nicht die Friedensbedrohung, die in dem ungelösten Nord-Süd-Konflikt zwischen den reichen Industrieländern und den armen Entwicklungsländern steckt.

Es ist die große internationale soziale Frage unserer Zeit. Willy Brandt hat zurecht darauf hingewiesen, daß nicht nur die Hochrüstung sondern auch ein Sozialkonflikt dieses Ausmaßes den Frieden gefährdet.

Es gab in den vergangenen Jahren und gibt zur Zeit viele kriegerische Auseinandersetzungen in der Dritten Welt. Sie sind letzten Endes die Folge von Hunger, Krankheit, Armut und Hoffnungslosigkeit. Der Anti-Kriegstag ist auch eine Mahnung an uns selbst, mehr zu tun, um Hunger, Armut und Ungerechtigkeit überwinden zu helfen.

Die Europäische Gemeinschaft hat da eine besondere Aufgabe, die weit besser erfüllt werden muß als bisher. Und sie muß ihr Gewicht in die Waagschale werfen, damit der Konflikt zwischen Ost und West nicht immer mehr auf die Dritte Welt übertragen wird. Seit Ronald Reagan Präsident der USA ist, wächst diese Gefahr. Seit Helmut Kohl Bundeskanzler ist, zeigen sich auch in Bonn Tendenzen zu dieser friedensgefährdenden Politik. Am Anti-Kriegstag sagen wir auch dazu: Halt!

In der gemeinsamen Stimme Europas soll die Stimme der Deutschen zu hören sein für die Botschaft, die auch von unserer heutigen Versammlung ausgeht:

Nie wieder Krieg! Nirgendwo Krieg! Für eine Politik der Entspannung und Abrüstung!
(-/1.9.1983/ks/ca)

Sperrfrist: 17.30 Uhr

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

